

Landesvorstand der GEW beantragt Gewerkschaftsausschluss von Martin Korol. BLZ 9/10-2014

Der Landesvorstand der GEW Bremen hat nach eingehender Prüfung bei der Landesschiedskommission einstimmig den Gewerkschaftsausschluss von Martin Korol beantragt. Hintergrund sind einerseits öffentlich bekannt gewordene diskriminierende Äußerungen auf seiner Homepage und andererseits sein Eintreten für die »Bürger in Wut« (BIW), deren Programmatik etwa in Fragen der Bildung und der Arbeitnehmerrechte völlig konträr zu den satzungsmäßigen Zielen und den Positionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist.

Äußerungen von Martin Korol etwa über Sinti und Roma, »die sozial und intellektuell noch im Mittelalter leben« und deren »Männer keine Hemmungen haben, die Kinder zum Anschaffen statt zur Schule zu schicken«, wurden nach seinem Nachrücken in die Bremische Bürgerschaft im vergangenen Jahr Gegenstand öffentlicher Debatte. Nach dem Ausschluss aus der SPD-Fraktion und der SPD behielt Korol sein Bürgerschaftsmandat und trat im Oktober 2013 den »Bürgern in Wut« bei.

Die GEW hatte Korol schon im November 2013 aufgefordert »sich politisch zwischen der GEW und ‚BIW‘ zu entscheiden«. Im Februar 2014 bekräftigte der Bremische Gewerkschaftstag, dass die Mitgliedschaft in rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien wie den BIW im Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Grundgedanken von antirassistischer Solidarität, Frieden und Internationalismus steht. Der Landesvorstand beschloss im Juli 2014 neben dem Ausschlussantrag, die von Martin Korol entrichteten Gewerkschaftsbeiträge an Bremer Organisationen zu spenden, die sich aufklärerisch gegen neofaschistische und rechtspopulistische Tendenzen richten. Außerdem forderte der Landesvorstand Martin Korol auf, sein Delegiertenmandat für den Bremischen Gewerkschaftstag-niederzulegen, in den er im Januar 2014 als Seniorenvertreter nachgerückt war.